

Dies ist natürlich ein Prozess, der auch eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt – völlig klar – und den wir natürlich in erheblichem Umfang auch mit Strukturmitteln, die wir als Land Nordrhein-Westfalen dafür vorgesehen haben, auch mit den Möglichkeiten, die wir durch den Strukturfonds des Bundes haben, begleiten werden. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor; daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/11162** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** sowie an den **Ausschuss für Digitalisierung und Innovation**. Gibt es jemanden, der dagegen stimmen möchte? – Gibt es jemanden, der sich enthält? – Dann darf ich feststellen, dass die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen worden ist.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes 5 rufe ich noch einmal den **Tagesordnungspunkt 3** auf und gebe Ihnen das **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** bekannt. Ihre Stimme abgegeben haben 182 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 72 Abgeordnete, mit Nein stimmten 110 Abgeordnete. Der Stimme enthalten hat sich niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11173 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

##### **5 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 und der Erkrankung Covid-19 gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Abgeordneten  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/11172

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion Herrn Dr. Vincentz das Wort.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt ein schönes passendes Zitat von Thomas Carlyle, einem schottischen Historiker, das ich mit Erlaubnis des Präsidenten gerne zitieren würde: „Der schlimmste aller Fehler ist, sich keines solchen bewusst zu sein.“

Das passt sehr gut in die Situation und weil Thomas Carlyle Schotte war. Er ist in Edinburgh geboren, und eben an der University of Edinburgh ist dieser Tage eine Studie erschienen – das ist, glaube ich, eine der wichtigsten Studien zu diesem Thema, die wir zu erwarten hatten –, die besagt, dass die Folgen eines Shutdowns, des Lockdowns schlimmer sind als eine clevere Herdenimmunität.

Das muss man erst einmal so entgegennehmen, denn im Hintergrund braut sich etwas ganz anders zusammen: Es gibt eine Great Barrington Declaration, die mittlerweile 9.000 namhafte Mediziner unterschrieben haben. Da sind Leute von der Stanford University, von Oxford, von Cambridge dabei.

Das sind wirklich namhafte Topleute, die bereits vor dieser Studie gesagt haben, dass ein Lockdown schlimmere Folgen haben wird als eine vernünftige anderweitige Politik. Sie fordern die Politik auf zu reagieren und diese Form von Handlungen einzustellen.

(Beifall von der AfD)

Heute – so schließt sich dann letztlich der Kreis – fordert die AfD in Nordrhein-Westfalen einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Abläufen und zu den Reaktionen auf die Infektionen mit dem Coronavirus.

Es gibt drei ganz unterschiedliche, aber grundlegende Gründe dafür, warum wir das hier gerne vorbringen wollen:

Für uns ergeben sich an verschiedenen Punkten hinreichende Verdachtsmomente für Verfehlungen der Regierung. Ich werde einige davon exemplarisch nennen; ich habe zwar nur acht Minuten Redezeit, aber einige werde ich exemplarisch herausgreifen.

Das fing schon ganz am Anfang der Krise an, als wir bei den ersten Malen, an denen wir zusammengekommen sind – damals noch in Präsenzsitzungen –, im Ausschuss miteinander debattierten und ich unter anderem die Frage an den Minister adressierte: Was machen wir eigentlich, wenn die Strategie des Robert Koch-Instituts der Fallnachverfolgung nicht aufgeht?

Die Antwort war: Wir haben keine Zweifel daran, dass diese Strategie funktioniert.

Damals war schon klar, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen mit geschlossenen Händen im Spurt in den Rosengarten begibt, denn weitere Anfragen unserer Fraktion haben ergeben:

Es wurde an Flughäfen nicht vernünftig kontrolliert, wer aus Risikogebieten zu uns kam, wer vielleicht schon infiziert war.

Es wurden keine Hotspots kontrolliert. Als schon bekannt war, dass Menschen aus Ischgl zum Beispiel wieder zu uns eingereist sind, hat man nicht

vernünftig nachvollzogen, wo diese Menschen jetzt sind und mit wem sie Kontakt hatten.

Das war eine gute Strategie des Robert Koch-Instituts. Das Robert Koch-Institut ist in der Krise durchaus ein paar Mal in die Kritik geraten, was auch daran liegt, dass das Robert Koch-Institut eben keine Politik macht, sondern ein Gremium ist, das die Politik berät.

Man kann aber nicht sagen: Wir haben durchgeführt, was das Robert Koch-Institut gesagt hat. – Das Robert Koch-Institut hat eine Strategie vorgegeben. Wenn man dieser Strategie aber von Anfang an keine Chancen einräumt, weil man eben nicht einmal die Grundlagen dafür schafft, dass diese Strategie auch tatsächlich funktionieren kann, braucht man sich nicht darüber zu wundern, dass sich diese Erkrankung auf einmal in dem Maße ausbreitet, wie wir es erlebt haben.

Wir haben die schrecklichen Bilder aus Italien gesehen und auch einen Wandel in der Wahrnehmung in der Medienlandschaft in Deutschland erlebt. Auf einmal war es nicht mehr – die „FAZ“ schrieb es noch im März – die Erkrankung, die vielleicht mit der Grippe zu vergleichen ist. Auf einmal war es nicht mehr so, dass die Krankenhäuser gut auf diese Erkrankung vorbereitet waren.

Auf einmal fehlte bei uns auch das Schutzmaterial. Vorher hieß es aber noch: Wir sind gut vorbereitet. Wir haben alles gemacht. – Auf einmal musste selbst die Altenpflegerin im Altenheim unter Umständen Patienten behandeln, ohne dafür das nötige Schutzmaterial zu haben.

Versetzen Sie sich einmal in diese Situation: Sie haben Meldungen darüber, dass massenweise Menschen sterben, dass wir eine Erkrankung haben, an der vielleicht 10 % der Menschen sterben werden, insbesondere viele Menschen – so hieß es am Anfang – aus dem Gesundheitssektor.

Mit diesem Wissen werden Sie jetzt von Ihrem Arbeitgeber und vom Land Nordrhein-Westfalen in eine Situation geschickt, in der Sie Menschen pflegen müssen, ohne das nötige Schutzmaterial dafür zu haben. – Schwierig. Das sind einige exemplarische Verfehlungen, die ich herausgegriffen habe.

Auf der anderen Seite haben wir eine Situation erlebt, in der das Parlament über einige Wochen, ja fast Monate nicht in dieser Art und Weise regiert hat und nicht in der Art und Weise mit der Situation umgegangen ist, wie wir es sonst in einer parlamentarischen Demokratie gewohnt sind.

Stattdessen gab es viele Dinge, die einfach über Erlasse und Verfügungen gemanagt wurden. Das ist in einer Krisensituation auch durchaus angebracht und auch durchaus gut; aber in einer vernünftigen parlamentarischen Demokratie muss die Phase kommen, in der das Parlament das Kommando zurücknimmt und wieder das Heft in die Hand bekommt.

Ich und meine Fraktion sind der Meinung, dass es sich dann durchaus auch gehört, diese Zeit genauer betrachten, in der das eben nicht der Fall war, in der das Parlament nicht alleine das Heft in der Hand hatte, in der wir viele unserer Kompetenzen abgegeben haben, in der wir Anhörungen für Gesetze hatten, die durchgepeitscht werden sollten, bei denen sich hinterher herausstellte, dass einige sehr große Bedenken bei dem hatten, was die Regierung vorhatte.

Jetzt sollte dem Parlament die Möglichkeit gegeben werden, sich diese Situation, diese Phase, die wir über Wochen hinweg hatten, noch einmal genauer anzugucken und nachzuvollziehen: Was ist eigentlich genau im Einzelnen passiert? Was ist eigentlich genau vorgenommen worden? War das immer verhältnismäßig? War das immer zur richtigen Zeit? Wurde vernünftig abgewogen?

Ich habe es am Anfang ausgeführt: Es gibt erhebliche Zweifel daran, dass in vernünftiger Weise abgewogen wurde und alle vernünftigen Quellen herangezogen wurden, um die Entscheidungen zu treffen.

Es gibt Verdachtsmomente, dass an dieser Stelle mal wieder Bilder regiert haben und nicht die Ratio. Es ist der Politik leider zu eigen, dass nicht immer nur die Vernunft regiert, sondern man sich auch von Bildern leiten lässt.

Dann gibt es eine dritte Säule, auf der unser Anliegen fußt, wenn wir über einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss sprechen: die Reaktion, die Sie draußen mitbekommen. Viele Menschen verstehen nicht, was passiert. Viele Menschen verstehen auch die Einschränkungen nicht.

Sie haben in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Möglichkeit, Antworten zu geben. Es geht nicht zwangsweise darum, dass etwas falsch gelaufen ist. Am Ende kann auch stehen, dass Sie alles richtig gemacht haben; das würde ich Ihnen sogar gönnen. Es wäre doch super, wenn wir gemeinsam feststellen, dass alles gut gelaufen ist, dass Sie recht gehabt haben.

Sie haben in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Möglichkeit, all denen die offenen Fragen zu beantworten, die jetzt draußen Woche für Woche demonstrieren. Es sind Abertausende, die jede Woche irgendwo draußen sind, teilweise bei schlechtem Wetter, teilweise unter schlechten Bedingungen.

Das ist nur die Spitze des Eisbergs derer, die sich nicht abgeholt fühlen. Es ist eine besondere Ausdrucksform, sich zu einer Demo hinzubegeben. Es gibt, glaube ich, viele mehr, die damit nicht einverstanden sind, für die aber der Schwellenwert nicht überschritten ist, sich zu einer Demo zu begeben und sich dort mit Leuten auseinanderzusetzen.

Sie haben also die Möglichkeit, all denen Ihr Handeln vernünftig zu erklären. Sie brauchen sich nicht darüber zu wundern, dass in einer Situation, in der sich so viele nicht abgeholt fühlen, so viele Verschwörungstheorien auf einmal aufpoppen, denn es ist den Menschen zu eigen, sich in einer Situation, in der sie keine Antworten haben, selber irgendetwas zusammenzureimen.

Vieles davon ist hanebüchen und absolut düster. Nutzen Sie doch die Gelegenheit, diesen Verschwörungstheorien die Tür zuzuschlagen, indem Sie einfach die Antworten auf die offenen Fragen liefern. Wenn Sie das nicht machen, brauchen Sie nicht wütend darüber zu sein, wenn sich die Leute selber irgendetwelche teilweise hanebüchene Antworten suchen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Kerkhoff.

**Matthias Kerkhoff**<sup>1)</sup> (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Vincentz, ich weiß gar nicht, wem diese ganze Besserwisseri nützen soll. Es ist doch klar, wo Defizite gelegen haben. Dass die Schutzausrüstung nicht in ausreichendem Maße vorgehalten wurde, wissen wir doch mittlerweile alle.

Ich finde aber, dass sich dieser Antrag eignet, um etwas über das Wesen der AfD zu lernen.

(Zurufe von der AfD)

Sie mimen hier die besorgten Bürger, die aufrechten Demokraten, den interessierten Fragesteller, was man jetzt alles mal erörtern müsste, aber in Wahrheit treibt Sie doch etwas ganz anderes um:

(Zurufe von der AfD – Sarah Philipp [SPD]: Hören Sie doch mal zu!)

Sie wollen die Coronakrise vor dem Hintergrund der parteipolitischen Nützlichkeit für Sie untersuchen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie betrachten diese Krise als ein Werkstück. Sie schauen sich das an und überlegen, wie sich daraus Profit ziehen lässt.

Sie suchen dabei die Zustimmung derer, die persönlich von Einschränkungen betroffen sind, im Übrigen sogar gegen deren Willen: Die Veranstaltungswirtschaft hat sich dagegen verwahrt, von Ihnen instrumentalisiert zu werden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist – das muss man, bevor man über den Antrag redet, vor die Klammer ziehen – Ihr Geschäftsmodell.

Nach Kritik an Eurorettung und der Kritik an Flüchtlingen ist jetzt eben die Kritik an Corona und den Folgen Teil Ihres Geschäftsmodells.

Sie sind als Partei und als Fraktionen in ganz Deutschland von unterschiedlichen Skandalen, Parteifinanzierung, Auflösung Ihrer Fraktionen und Rechtsextremismus in weiten Kreisen Ihrer Partei geschüttelt.

(Zuruf von der AfD: Reden Sie doch mal zu dem Antrag!)

– Das mache ich gleich. Ich sagte ja: Ich ziehe ein paar Dinge vor die Klammer, die wichtig sind, um zu verstehen, was Sie vorhaben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Loose [AfD]: Peinlich sind Sie! – Weitere Zurufe von der AfD)

An Ihnen ist nichts bürgerlich. Die Beweise dafür, dass Sie so denken und handeln, wie ich das beschreibe, kommen mitten aus Ihrer Partei. Ich erinnere an das Gespräch von Christian Lüth, in dem er gesagt hat: Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD.

Es geht erst einmal um den Erhalt der Partei. Meinen Sie ernsthaft, dass sich diejenigen in Bund und Ländern bei den Coronamaßnahmen zuerst darüber Gedanken gemacht haben, wovon eine Partei – egal welcher Farbe – am ehesten profitieren kann? Glauben Sie das im Ernst?

Das sind die Unterschiede zwischen den Parteien. Wir diskutieren hier im Landtag in der Sache, ringen um den besten Weg, streiten darüber, manchmal auch heftiger.

Ihr Geschäftsmodell ist es jedoch zu schauen, mit welchem Thema man am meisten öffentliche Aufregung und Empörung hervorrufen kann.

Nachdem klar war, dass die Maßnahmen gegriffen haben, dass wir im Frühjahr zunächst einmal über die Schwelle des Schlimmsten hinweggekommen waren, sind Sie auch in den Gremien, in denen wir gemeinsam sitzen, umgeschwenkt und haben Dinge infrage gestellt, die vorher nie zur Debatte standen.

Das ist – das ist mir wichtig; deshalb habe ich es am Anfang gesagt – die Folie, vor der man Ihren Antrag, Ihr Verhalten in dieser ganzen Coronapandemie betrachten muss.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Zur Sache selbst: Die Coronapandemie stellt den Staat und seine zuständigen Organe vor zweifellos schwierige Aufgaben, einen angemessenen Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit herzustellen. Wir hatten und haben die Pflicht, das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen.

Dabei sind wir jederzeit unserem Verfassungsauftrag nachgekommen, die Verhältnismäßigkeit der Grundrechtseingriffe zu prüfen: Je größer die Gefahr für Leben und Gesundheit, desto umfassender und massiver dürfen Freiheitsbeschränkungen sein.

Auch den häufig kritisierten Umkehrschluss haben Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen beherzigt: Nicht die Lockerungen der Coronabeschränkungen bedürfen einer Rechtfertigung, sondern ihre Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung.

Nordrhein-Westfalen hat als einziges Bundesland unter Hinzuziehung externen Sachverständigen stets geprüft, welche Gefahrenabwehr und Vorsorgemaßnahmen im Verhältnis zur aktuellen Gefahrenlage angemessen sind.

Verfassungsrechtler fordern heute, die Fragen der rechtlichen Abwägung zwingend interdisziplinär zu beantworten und eben nicht nur Virologen, Medizinern und Epidemiologen zu überlassen. Nordrhein-Westfalen hat mit dem Coronaexpertenrat dieser Forderung nicht nur entsprochen, sondern nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein.

Die Coronamaßnahmen in Gänze haben dazu geführt, dass es in Deutschland keine Bilder wie in Norditalien oder anderen Teilen der Welt geben musste, wo Krankenhäuser überfüllt waren oder nicht mehr jeder so behandelt werden konnte, wie es notwendig gewesen wäre.

Deutschland ist im internationalen Vergleich bisher gut durch diese Krise gekommen. In den USA sind bezogen auf 100.000 Einwohner fünfmal so viel Tote zu beklagen, in Spanien sechsmal so viele. Die Maßnahmen haben gewirkt. Sie haben in Gänze Schlimmeres verhindert.

Vor dem Hintergrund, dass sich in diesem Jahr keine 1.000 km von uns entfernt in Norditalien dramatische Situationen abgespielt haben, sind ein solcher Antrag, eine solche Besserwisserei auch ein Schlag ins Gesicht all derer, die erkrankt waren bzw. zu Tode gekommen sind. Ich finde, das gehört sich einfach nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der AfD)

Man muss einmal die Frage stellen: In welchem Land würden Sie in dieser Situation eigentlich lieber leben als hier?

(Zurufe von der AfD)

Über die Frage, ob das Schließen von Friseurgeschäften tatsächlich dazu beigetragen hat, die Coronapandemie einzudämmen, kann man diskutieren. Ich empfehle uns allen, bei der Bewertung der Maßnahmen und der Diskussion über einzelne Maßnahmen immer aus der Sichtweise des Zeitpunktes zu bewerten, zu dem die Entscheidung getroffen

worden ist, und nicht mit einem Abstand von einem halben Jahr.

Wer jetzt Regierungshandeln nach dem Prinzip „zu wenig, zu viel, zu langsam, zu schnell“ kritisiert, blendet doch total aus, dass es keine Blaupause für diese Krise gab und gibt.

Es bestreitet niemand, dass Entscheidungen in dieser Zeit auch zu Schäden geführt haben: zu wirtschaftlichen Schäden, zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen, zu psychischen Belastungen, aber auch zu Defiziten bei Kindern und Jugendlichen, wenn Kindergärten und Schulen nicht geöffnet waren. Das ist alles wahr, aber kein Untersuchungsausschuss der Welt kann daran etwas ändern.

Die politische Diskussion über die Angemessenheit und die Frage, wie wir uns künftig besser vorbereiten, sind absolut berechtigt und werden auch richtigerweise geführt.

Sie gehören im Übrigen in die Mitte dieses Parlaments; das ist der Ort dafür. Das ist keine Frage der Delegation an einen Untersuchungsausschuss. Was Sie uns hier vorlegen, ist Besserwisserei, die in Wahrheit keinem nutzt.

Eine Bemerkung noch am Rande: Ihr Antrag ist in der Tat ein fleißig zusammengetragenes Bündel an Fragen und von 244 Quellenangaben von „Bangkok Post“ bis WDR und „FAZ“.

Das Schöne daran ist: Das sind alles Quellen, die Sie sonst wahlweise gern als Staatsfunk oder Lügenpresse bezeichnen. Man muss erst einmal darauf kommen, diese Quellen hier anzuführen.

Wir weisen Ihre Unterstellungen zurück. Es gibt keinen Grund für einen Untersuchungsausschuss. Wir lehnen den Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kerkhoff. – Sie haben schon gesehen, dass die AfD eine Kurzintervention angemeldet hat. Das Wort hat Herr Dr. Vincentz. Bitte schön.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Kerkhoff, ich danke Ihnen erst einmal dafür, dass Sie sich so ausgewogen mit unserem Antrag auseinandergesetzt haben und dabei auf ehemalige AfDler und deren Zitate zurückgegriffen haben, die ja nicht ohne Grund nicht mehr in unserer Partei sind.

Weil Sie doch einiges zu unserer Motivation gemutmaßt haben, möchte ich Ihnen gerne etwas dazu sagen. Wir haben während der Krise zum Beispiel in Anträgen mehrfach darauf hingewiesen, wir hätten gern noch mehr Daten, wir hätten gern mehr Menschen obduziert, wir würden gerne Studien haben.

Hinterher heißt es in einem kleinen Auftritt im Fernsehen lapidar: Hätten wir diese Informationen gehabt, hätten wir den Lockdown nicht durchgeführt.

Das lässt sich für mich in etwa so übersetzen: Ups, jetzt ist die Wirtschaft auf einmal kaputt. Das hätte unter Umständen gar nicht sein müssen.

(Beifall von der AfD)

Wenn wir dann die Frage stellen – das ist keine Beserwisserei –, wie man das besser hätte machen können, ohne mit dem Finger auf jemanden zu zeigen – ich glaube, in meiner Rede habe ich explizit nicht mit dem Finger auf irgendwen gezeigt –, wenn wir also die Frage stellen, ob das alles tatsächlich so gut gelaufen ist, gucken wir dabei nicht darauf, welche Wählerstimmen wir bekommen können, sondern explizit darauf, wie wir eine andere Pandemiesituation, die jederzeit kommen kann, besser meistern können.

Fest steht: Wir können an dieser Stelle wirklich Besseres leisten und besser liegen, denn wäre es, wie wir es angenommen hatten, eine Krankheit mit einer sehr hohen Sterblichkeit gewesen, hätte auch Nordrhein-Westfalen, hätte auch Deutschland sehr schlecht dagestanden.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege Kerkhoff, Sie haben 1 Minute und 30 Sekunden für die Reaktion. Bitte schön.

**Matthias Kerkhoff**<sup>\*)</sup> (CDU): Dieses Land ist bisher gut durch diese Zeit gekommen.

(Zuruf von der AfD)

In der nächsten Pandemie machen wir einiges anders und einiges besser; das gilt wohl für jeden. Es gibt keinen Grund für einen Untersuchungsausschuss. Wir sind durch umsichtiges Regierungshandeln gut durch diese Zeit gekommen und setzen diesen Weg gemeinsam und geschlossen fort.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kerkhoff. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Frau Philipp.

**Sarah Philipp** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Corona und alles das, was sich in den letzten Monaten im Zusammenhang mit dieser Pandemie ereignet hat, hat unser Leben stark verändert. Es gibt viele Antworten, die die Bevölkerung haben möchte und nach denen wir hier im Parlament auch suchen.

Ich bin dem Kollegen Kerkhoff sehr dankbar dafür, dass er zu Beginn der Debatte einige Punkte zum Motiv dieses Antrags gesagt und den Wunsch der AfD nach einem Untersuchungsausschuss sehr passend eingeordnet hat.

Es muss doch klar sein: Die Coronapandemie eignet sich nicht dazu, weitere Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Sie schüren doch Ängste!)

Das darf nicht passieren, und das werden wir auch nicht zulassen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der AfD)

Was die AfD mit ihrem Antrag bezweckt, ist offensichtlich und sehr durchschaubar: Sie suchen ein neues Thema. Sie haben die letzten Monate nicht stattgefunden. Sie haben beim ganzen Thema „Pandemiebekämpfung“ nicht stattgefunden. Das hat gezeigt: Wir brauchen Sie für dieses Thema nicht.

Damit können wir uns unter Demokraten auseinandersetzen, um in Ruhe zu sehr guten Lösungen zu kommen. Sie haben nichts dazu beizutragen; das ist eine Erkenntnis

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

aus den vergangenen Monaten.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Sie wollen hier ein sehr wichtiges parlamentarisches Instrument,

(Christian Loose [AfD]: Haben Sie unseren Antrag überhaupt gelesen? Ich glaube, nicht!)

nämlich einen Untersuchungsausschuss, dafür nutzen, um der Öffentlichkeit weiszumachen, dass hier zuletzt alles schlecht und falsch gelaufen ist.

(Christian Loose [AfD]: Das sagt doch keiner!)

Wir nehmen sicherlich auch für uns in Anspruch – das gilt für alle demokratischen Fraktionen in diesem Hause –, dass wir hinterfragen, dass wir überprüfen, dass wir bewerten wollen, was gut bzw. schlecht gelaufen ist.

Dass Sie uns aber unterstellen, unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes Bürgerrechte und Freiheitsrechte einschränken zu wollen, ist sogar für Ihre Verhältnisse sehr schlicht. Das ist aber Ihre Art, in diesem Hause Politik zu machen.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP – Christian Loose [AfD]: Haben Sie den Antrag überhaupt gelesen?)

In Wirklichkeit wollen Sie Misstrauen gegen alle getroffenen staatlichen Maßnahmen zum Ausdruck bringen und am Ende daraus politisches Kapital schlagen.

Damit leugnen Sie jedoch, dass die Maßnahmen der letzten Monate durch demokratische Mehrheitsentscheidungen in diesem Parlament und auch in anderen Parlamenten legitimiert worden sind; das muss ich hier noch einmal ganz deutlich sagen.

Ich möchte noch etwas zum Untersuchungsausschuss und zur Kontrolle des Parlaments deutlich machen: Unsere Aufgabe ist es, bei diesem Tagesordnungspunkt Parlamentsrechte, aber auch die Grenzen des Parlaments aufzuzeigen.

Der vorliegende Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses stößt aber bei diesem Thema an Grenzen. Es stellt sich nämlich folgende Frage: Was kann der Landtag eigentlich schon zum jetzigen Zeitpunkt zur Aufarbeitung der Coronamaßnahmen tun? Was kann ein Untersuchungsausschuss schon zum jetzigen Zeitpunkt zur Aufarbeitung beitragen?

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Die SPD wahrscheinlich nicht viell!)

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse sollen sich in der Regel auf bereits abgeschlossene Vorgänge beziehen. Die Bewertung laufender Vorgänge, wie wir sie jetzt haben, ist erst einmal der Exekutive vorbehalten. Deren Kontrolle – Kollege Kerkhoff hat darauf hingewiesen – erfolgt durch die ständigen Fachausschüsse hier in diesem Parlament. Das geschieht schon; wir arbeiten schließlich schon daran.

Die Auswirkungen der Pandemie kann man zum jetzigen Zeitpunkt hingegen noch nicht abschließend untersuchen oder gar abschließend bewerten.

Kurz gesagt: Was der Untersuchungsausschuss an einem Tag zu wissen oder an Erkenntnissen zu haben glaubt, kann nach wenigen Tagen oder Wochen schon wieder obsolet und überholt sein.

Unser Anspruch als SPD-Fraktion ist es, aus Erfahrungen und aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Ich glaube, es ist der Anspruch aller demokratischen Fraktionen, dass wir unsere Politik gemeinsam im Sinne der Menschen immer weiter verbessern wollen.

Hier wird deutlich, dass die AfD-Fraktion diesen Ansatz offensichtlich nicht begreift oder nicht begreifen möchte. Das ist am Ende sehr rückwärtsgewandt, und Sie zeigen damit noch einmal, dass Sie nicht in der Lage sind, sich mit diesen neuen Herausforderungen angemessen auseinanderzusetzen.

Wir wissen, dass die Coronapandemie noch lange nicht vorbei ist. Das erfordert von der Politik einschränkende Maßnahmen, und die neuen Zahlen lassen darauf schließen, dass wir in den nächsten Wochen wieder neue Hürden zu nehmen und unsere Maßnahmen immer wieder auf ihre Verhältnismäßigkeit hin zu überprüfen haben.

Deswegen ist für uns als SPD-Fraktion ganz klar, dass die Entscheidungen im Bund, aber auch hier im Land konstruktiv und zugleich kritisch begleiten werden.

Wir streiten mit den demokratischen Fraktionen hier im Parlament um die besten Lösungen für die Menschen. So funktioniert Demokratie. Das nehmen wir für unsere Arbeit hier in Anspruch, und zwar jeden Tag aufs Neue und auch unter neuen Herausforderungen.

Uns ist bewusst, dass die derzeitigen Einschränkungen der Bürgerrechte und der Freiheitsrechte von vielen Menschen als Zumutung empfunden werden. Jeder von uns erfährt jeden Tag am eigenen Leib, wie nervig es zum Beispiel ist, dauerhaft mit dieser Maske herumzulaufen.

Das ist nervig, das ist einschränkend; aber wir sind uns doch mittlerweile hoffentlich alle einig, dass es notwendig, vernünftig und auch verantwortungsvoll ist.

(Helmut Seifen [AfD]: Nein, das ist nur peinlich!)

– Sie sehen das nicht ein; das haben wir mittlerweile verstanden. Das ändert aber nichts daran, dass diese Maßnahmen wichtig und weiterhin notwendig sind, um die Krise gemeinsam zu bewältigen.

Wir werden die Maßnahmen immer wieder überprüfen und gemeinsam daran arbeiten, besser zu werden, um das, was vielleicht nicht so gut gelaufen ist, beim nächsten Mal anders zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, zum Schluss noch folgende Anmerkung zu Ihrem Antrag: Es ist sehr entlarvend, woher dieser Antrag kommt, denn man stellt ziemlich schnell fest, dass er einem Antrag der AfD-Bundestagsfraktion sehr ähnlich ist; so will ich es mal sagen.

(Andreas Keith [AfD]: Weil wir den zusammen ausgearbeitet haben!)

Er ist teilweise abgeschrieben, teilweise ist es Copy-and-Paste.

(Andreas Keith [AfD]: Nein, wir haben den zusammen erarbeitet, Frau Philipp!)

Wenn man in der Schule beim Abschreiben erwischt worden ist, hieß es immer: Sechs, setzen!

(Andreas Keith [AfD]: Das ist Schwachsinn, was Sie da erzählen!)

Das ist in dem Zusammenhang sehr passend. Ich habe Ihnen die Gründe erläutert, warum wir Ihren Antrag ablehnen. – Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Andreas Keith [AfD]: Wir arbeiten mit der Bundestagsfraktion

zusammen! Das geht bei der SPD aber nicht!  
Man redet miteinander, man spricht sich ab!

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Philipp. – Es wurde eine Kurzintervention von der AfD-Fraktion angemeldet. Herr Dr. Vincentz wird sprechen. Bitte schön, Herr Dr. Vincentz.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Philipp, unser Vorhaben ist deswegen so wunderbar durchschaubar, weil es so nachvollziehbar ist.

Sie haben gerade einen unfassbaren Switch geschafft: Sie haben uns nämlich vorgeworfen, wir würden Ängste schüren. Dabei ist es unser einziges Ziel, diese unglaubliche Disbalance zwischen der Angst in der Bevölkerung und dem, was namhafte Experten sagen, zu beseitigen.

So wirbt unter anderem ein sehr guter Professor aus Bonn seit Wochen dafür, dass wir in einer neuen Normalität mit diesem Virus umgehen müssen. Diese Botschaft hat auch Ministerpräsident Armin Laschet sehr früh nach Berlin mitgenommen.

Es wäre sehr zu begrüßen gewesen, wenn er sich dort hätte durchsetzen können, aber er ist anscheinend anders als die Kanzlerin nicht der Medienprofi, um zu erkennen, dass die Stimmung in der Bevölkerung leider eine andere war.

Die Stimmung in der Bevölkerung war nicht, sich diesen Öffnungsbemühungen anzuschließen – ganz im Gegenteil: In der Bevölkerung herrscht eine Angst, die nicht angebracht ist, die wir aber gerne mit Zahlen, Daten und Fakten abbauen würden, um zu einer neuen Normalität zurückzukehren.

Sie haben gerade gesagt, was für ein wunderbares Instrument der PUA ist, was für eine Schwere damit verbunden ist und welche Fragen man damit aufarbeiten bzw. nicht aufarbeiten kann. Ich verstehe, dass Sie uns diesen PUA nicht gönnen.

Es ist allerdings unglaublich wichtig gewesen, dass wir einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht haben, um den Bedienungsfehler des Smart-TVs einer Landwirtschaftsministerin zu untersuchen.

Das war wirklich das durchschaubarste Manöver in diesem Landtag, mit dem es einzig und allein darum ging, eine Landwirtschaftsministerin zu demontieren; dieser PUA hatte nämlich keinen anderen Sinn und Zweck.

(Beifall von der AfD)

Sie greifen uns heute dafür an, dass wir in irgendeiner Art und Weise ein politisches Manöver fahren? – Na dann: Prost Mahlzeit, liebe SPD!

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Frau Philipp, Sie haben jetzt 1 Minute und 30 Sekunden Zeit für die Antwort. Bitte.

**Sarah Philipp (SPD):** So lange brauche ich nicht. Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident. – Ich möchte direkt an das „Prost Mahlzeit!“ anschließen. Auf Ihre inhaltlichen Argumente will ich gar nicht weiter eingehen, denn ich glaube, da kommen wir nicht zusammen. Ich habe meine Argumente vorgetragen, Sie haben Ihre Argumente vorgetragen. Wir können sicher einen Haken dahinter machen, dass wir da keinen Konsens haben.

Eines verwundert mich aber doch ein wenig. Aus Ihrer Sicht haben Sie mir gerade ganz aufmerksam zugehört. Wenn Sie mir tatsächlich zugehört hätten, dann hätten Sie bemerkt, dass ich sehr ausführlich und, wie ich glaube, auch nachvollziehbar vorgetragen habe, warum ein Untersuchungsausschuss als parlamentarisches Instrument für das, was Sie hier vorhaben, gar nicht geeignet ist. Ein Untersuchungsausschuss kommt nur für abgeschlossene Vorgänge infrage. Ich denke, das habe ich ausreichend erläutert. Inhaltlich können wir über alles diskutieren, aber da werden wir nicht zusammenkommen.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Vielleicht können Sie noch einmal erklären, was abgeschlossene Vorgänge sind!)

– Sie hören nicht richtig zu. Das macht es nicht besser, aber am Ende etwas kürzer im Fazit. Das Instrument Untersuchungsausschuss ist unzutreffend, unzureichend und passt nicht zu dem, was Sie uns hier andrehen wollen. Ihr Motiv ist durchschaubar und das Instrument falsch. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Philipp. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Höne.

**Henning Höne<sup>9)</sup> (FDP):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion beantragt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Coronapandemie. Herr Kollege Vincentz, ich glaube, das Ziel, das Sie eben beschrieben haben, ist nicht Ihr eigentliches Ziel. Ihr Ziel ist es vielmehr, wie die Kollegin Philipp schon sagte, stattzufinden. Ihr Ziel ist Zuspruch aus der entsprechenden Blase bzw. – so möchte ich es einmal formulieren – aus den dubiosen Dunstkreisen.

Das zeigt sich anhand der einen oder anderen Quelle und Einschätzung der sogenannten Experten, die Sie in Ihrem Antrag zitieren. Dabei handelt es sich

oftmals nicht um diejenigen, die in den Fachmagazinen zitiert werden, sondern um solche, die eher dort auftreten, von wo die von Ihnen eben auch angesprochenen Verschwörungstheorien stammen.

Völlig unstrittig ist, dass uns die Coronapandemie und der Umgang damit weit über die akute Krisenbewältigung hinaus beschäftigen werden, natürlich auch wegen einer notwendigen Analyse. Diese Analyse führt man aber nicht mitten in der Pandemie durch, sondern im Nachgang; denn nur dann kann man sich wirklich ein abgeschlossenes Bild machen.

Wir beschäftigen uns ohnehin in den Fachausschüssen mit den aktuellen Themen und werden übrigens auch das nordrhein-westfälische Pandemiegesetz evaluieren müssen, da es Ende März ausläuft und wir als Gesetzgeber der Landesregierung eine Evaluation aufgetragen haben. Das Thema bleibt daher so oder so präsent. Einen PUA braucht es zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Im Gegenteil: Er würde nichts bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich aktuell in seinen Rechten beschnitten sieht – schließlich greifen die Coronaschutzmaßnahmen in der Tat in Freiheitsrechte unseres Alltags und in Grundrechte ein; da muss man sehr vorsichtig sein –, dem steht der Weg zu den Gerichten offen und nicht zu einem PUA. Dieser Weg wird auch genutzt – so weit, so normal in einem Rechtsstaat.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Am 12. März zum Beispiel hat das Verwaltungsgericht Minden einen Eilantrag gegen die Untersagung einer Veranstaltung abgelehnt und die drohenden Gefahren für die Allgemeinheit höher bewertet als das wirtschaftliche Interesse des Veranstalters. Am 23. März hat das Verwaltungsgericht Aachen vorübergehende Betriebsschließungen gerichtlich bestätigt.

Es gab – und das will ich hier auch in aller Offenheit sagen – aber auch andere Entscheidungen. Am 06.07. ging es vor dem OVG um einen Eilantrag gegen den Lockdown. Die Maßnahmen waren laut Gericht rechtens, die Verlängerung in Gänze jedoch nicht mehr verhältnismäßig. Am 21.08. hat sich das Verwaltungsgericht Münster mit Abiturfeiern beschäftigt und diese als herausragendes Ereignis ermöglicht. Also: Es gibt hier Möglichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich mit der Pandemie beschäftigt, rate ich uns dazu, noch einmal an den Beginn des Jahres zurückzudenken, und zwar an das Frühjahr. Zunächst muss man sich in der Fragestellung ehrlich machen. Die lautet nicht: Würde ich heute etwas anders machen? Denn ich hoffe, dass jeder mit einem Dreivierteljahr Abstand sagt: Ja, heute würde ich etwas anders machen. – Die korrekte Frage müsste vielmehr lauten: Würde

ich mit demselben Wissensstand von damals noch einmal etwas anders machen?

Da halte ich es mit unserem Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, der auf diese Frage gesagt hat, er habe kein schlechtes Gewissen. Nach menschlichem Ermessen waren die Schutzmaßnahmen in der damaligen Situation und mit dem damaligen Kenntnisstand sinnvoll, notwendig und richtig.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Herr Kollege Vincentz, es waren eben nicht nur die Bilder aus Italien oder aus New York, die sich eingebrannt haben. Das gehört zwar auch dazu, aber es gab ja auch wissenschaftliche Grundlagen. Ich denke zum Beispiel an eine gemeinsame Studie des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und des RKI, die bereits 2012 ein Bedrohungsszenario einer weltweiten Pandemie aufzeigt

(Zuruf von Dr. Martin Vincentz [AfD])

und ganz konkret die Gefahr beschrieben hat, dass die Gesundheitsversorgung zusammenbricht.

Insofern sind wir rückblickend selbstverständlich schlauer. Die Politik hat in aller Öffentlichkeit jeden Tag dazugelernt, wie wir alle, und darum wurden und werden die Maßnahmen regelmäßig überprüft und angepasst. Das ist sachlich richtig, weil es sich um eine dynamische Lage handelt. Es ist aber auch juristisch notwendig, damit die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der aktuellen Situation stehen wir meiner Meinung nach vor der Herausforderung, vom akuten Krisenmanagement zu einem souveränen Risikomanagement überzugehen. Natürlich gehört die Abwägung unterschiedlicher Interessen dazu. Vorredner von mir haben das angesprochen. Gesundheit ist mehr, als nicht Corona zu haben. Zu einem gesunden Leben gehören Familie, Freunde, Bildung, eine wirtschaftliche Perspektive und vieles mehr.

Darum ist es richtig – und wir sind dafür dankbar –, dass die Landesregierung zum Beispiel eine Bildungsgarantie ausgesprochen hat, damit es in den Kitas und in den Schulen nicht zu einem neuen Lockdown kommt. Ich finde es richtig, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen schrittweise immer weiter geöffnet haben. Ich finde es richtig, dass wir öffnen und im Gegenzug versuchen, über eine konsequente Nachverfolgung Infektionsketten zu durchbrechen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Ich bin vor allem dankbar, dass wir bislang vergleichsweise gut durch diese Pandemie gekommen sind. Das liegt sicherlich an den Maßnahmen, die ergriffen wurden, das liegt vor allem aber auch daran, dass sich die große Mehrheit der Menschen verantwortungsbewusst und rücksichtsvoll verhalten hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich insbesondere in Richtung der AfD-Fraktion sagen: Sie haben schlicht und ergreifend keinerlei Glaubwürdigkeit, wenn es um ein ehrliches Interesse an der Aufarbeitung von Krisen geht. Es war Ihr Vorsitzender der Bundestagsfraktion, Herr Gauland, der schon bei der Flüchtlingskrise von einem Geschenk für die AfD gesprochen hat.

Herr Lüth ist eben schon angesprochen worden, der in einem Gespräch mit Herrn Gauland gesagt hat:

(Zurufe von der AfD)

Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD. – Ich muss Ihnen widersprechen, Herr Vincentz: Herr Lüth ist ja nicht herausgeschmissen worden, weil er das gesagt hat und weil er so denkt; er ist herausgeschmissen worden, weil es an die Öffentlichkeit gekommen ist. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vier Fraktionen hier in diesem Haus eint das Ziel, dass es den Menschen in Deutschland besser gehen soll. Wir streiten über den richtigen Weg dorthin. Sie wollen, dass es Ihnen besser geht, und zwar dadurch, dass es den Menschen im Land schlecht geht.

(Beifall von Rainer Deppe [CDU])

Das führt zu einer relativ einfachen Analyse: Sie sind keine Alternative, Sie sind Anti-Demokraten, und Sie sind Anti-Patrioten. So einfach ist das in der Zusammenfassung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, die NRW-Koalition wird die Pandemie weiterhin entschlossen bekämpfen. Wir laden alle ein, die sich daran konstruktiv beteiligen wollen. Wir handeln weiterhin entschlossen, halten aber Maß und Mitte dabei, in der Hoffnung und mit dem Ziel, dass es den Menschen in NRW besser geht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und Sarah Philipp [SPD])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Höne. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion, und Herr Seifen wird sprechen. Bitte schön.

**Helmut Seifen (AfD):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Höne, bevor Sie zum Schluss gekommen sind, wollte ich meine Intervention noch mit den Worten einleiten: Sie sind ja relativ sachlich geblieben. – Aber die Verzweiflung darüber, dass Sie keine Argumente gegen unseren Antrag haben, hat Sie dann

doch wieder verleiten lassen, in so eine Schmutzkampagne überzugehen.

Aber zu Ihrer Rede: Sie sagen, der Antrag komme zu früh. – Ich kann mich erinnern, dass unsere Fraktion dreimal einen PUA für Lüge beantragt hat. Was haben die Parteien hier gesagt? – Sie haben ihn zurückgewiesen, bis das Elend dann deutlich wurde und Sie ihn selbst eingebracht haben. Hätten Sie eher gehandelt, hätten wir dieses Elend auch eher gesehen und bekämpfen können.

Zweitens. Für dieses laufende Verfahren muss ein PUA kommen; denn die freiheitlichen Einschränkungen der Menschen sind so gravierend, dieses angstschürende Verhalten von Ihnen und Ihren Parteien ist so gravierend, dass wir unbedingt in die Analyse einsteigen müssen. Unbedingt! Denn wenn wir kein Licht in das Dunkel bringen werden, werden Sie weiter diese unselige Politik machen.

Drittens. Es geht gar nicht darum, jemanden ans Kreuz zu nageln. Das war bei dem Schulze Föcking-PUA so der Fall. Wir haben die redliche Absicht, für zukünftige Fälle, aber auch für den jetzigen Fall zu untersuchen, ob die Entscheidungsinstrumentarien im März verlässlich waren. Sie waren es offensichtlich nicht. Das werfen wir niemandem vor.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Seifen.

**Helmut Seifen (AfD):** Aber wir müssen es doch eruieren. Das ist unsere Pflicht, aber Sie kümmert das alles nicht.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön, Herr Höne.

**Henning Höne<sup>\*)</sup> (FDP):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Seifen, Sie haben jetzt ganz unterschiedliche Themen miteinander verwoben, die so sehr viel nicht miteinander zu tun haben. Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Die Frage, wer hier in diesem Land Angst schürt, wer Misstrauen sät, ist relativ leicht zu beantworten.

(Zuruf von der AfD)

Immer dann, wenn die Menschen Angst haben, immer dann, wenn Sie unsicher sind, werden Ränder gestärkt, immer dann, wenn das auch noch durchtrieben wird, wie es von Ihrer Partei mit so entlarvenden Aussagen geschieht. Mir ist schon klar, dass Ihnen das unangenehm ist. Ich sage Ihnen in dieser Fraktion ganz deutlich: Wer bis heute Mitglied in dieser Partei ist, macht sich mitschuldig und ist mitverantwortlich

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

für all diese rechtspopulistischen, fremdenfeindlichen, menschenfeindlichen Äußerungen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das geht genau mit auf Ihr Konto. Dafür sind Sie persönlich mit verantwortlich. So einfach ist das.

(Dr. Martin Vincentz [AfD]: Keine Sippenhaft! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Jetzt wird gesagt, es gibt hier keine Sippenhaft. Also, wenn eine Parteispitze so denkt, wie es da kürzlich geäußert worden ist,

(Zurufe von der AfD)

dann, finde ich, gibt es für einen ordentlichen, aufrechten Demokraten nur eine Lösung: Entweder geht die Spitze, oder ich trete aus der Partei aus. – Sie alle haben sich entschieden. Sie sind geblieben. So einfach ist das.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Was den PUA angeht, verweise ich auf den Beginn meiner Rede. Wir sind mitten in der Pandemie und mitten in einem Verfahren. Sehr gerne möchte ich auch weiter jeden Tag dazulernen, um bei zukünftigen Pandemien – hoffentlich kommen sie überhaupt gar nicht erst vor – noch besser reagieren zu können. Dafür brauchen wir allerdings weder die AfD noch diesen Untersuchungsausschuss.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Höne. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Schäffer.

**Verena Schäffer**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu Beginn eins sagen und daran erinnern, dass wir Grüne schon im Mai dieses Jahres einen Antrag „Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen“ gestellt haben. Mit dem Antrag wollten wir folgende Fragen klären: Was muss man besser machen? Was müssen wir rückblickend betrachten? Was müssen wir evaluieren? Was ist gut gelaufen? Wo hätte man Dinge anders machen müssen? Uns ging es darum, für die Zukunft Lehren zu ziehen und das Land krisenfest aufzustellen, den Katastrophenschutz aufzustellen.

Es ist nicht so, dass diese Frage, welche Lehren wir aus der COVID-19-Pandemie ziehen können, jetzt eine alleinige Urheberschaft bei der AfD hätte. Im Gegenteil: Unser Antrag ist noch im Verfahren. Wir haben dazu im Innenausschuss gerade eine schriftliche Anhörung laufen. Also, das findet alles gerade parallel statt. Ich glaube, es ist wichtig für die Debatte hier, das auch in Erinnerung zu rufen.

Ich muss ehrlich gestehen, dass ich mich beim Lesen des AfD-Antrags für den Untersuchungsausschuss schon gefragt habe, wie es sein kann, dass eine Fraktion, eine Partei, in der, sagen wir mal, diese Coronakrise durchaus geleugnet wird, deren Mitglieder auf Demonstrationen von Verschwörungstheoretikern auftreten, wo im Übrigen auch Rechtsextreme geduldet werden, dazu kommt, so einen Antrag zu stellen.

(Christian Loose [AfD]: Wir sind keine Coronaleugner!)

Das finde ich zumindest unglaublich.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich glaube, es geht der AfD vor allem darum, ihre eigene Erzählung in Sachen Coronapandemie zu betreiben. Wenn man sich den Antrag anschaut, dann wird schon auf der ersten Seite sehr deutlich, dass Sie im Prinzip schon eine Vorfestlegung treffen. Sie sagen nämlich – Zitat –:

„Im Rahmen der Krisenpolitik wurden auch von der Landesregierung offensichtlich schwere Fehler gemacht, ...“

Damit treffen Sie eine Feststellung. Aber wofür wollen Sie dann noch den Untersuchungsausschuss? Ein Untersuchungsausschuss dient eigentlich dem Erkenntnisinteresse, wenn man eine Frage hat, die man aufklären will. Zum Beispiel beim PUA „Lügde“: Welche Fehler sind gemacht worden? Wo gab es Probleme?

(Zuruf von Dr. Martin Vincentz [AfD])

Warum wurde dieser Kindesmissbrauchsfall nicht vorher aufgedeckt?

Es geht darum, Belege zu finden, Zeugen zu vernehmen und es festzumachen. Aber Sie treffen hier schon eine Feststellung oder eine Vorfestlegung. Ich muss ehrlich sagen, man könnte darüber diskutieren, ob das überhaupt zulässig ist, das in einen Antrag für einen Untersuchungsausschuss zu schreiben.

Schauen wir uns an, wie es weitergeht. Es gibt die Chronologie der Ereignisse, wo Sie ganz viele Dinge mischen – Fakten, Behauptungen, Halbwahrheiten, alles mit Hinweisen auf Kleine Anfragen und Anträge aus der AfD-Fraktion. Es ist so etwas wie ein Tätigkeitsnachweis für Ihre Szene, wie auch immer.

Dann kommen die Fragen. Hier muss man sagen, gerade bei Fragen für Untersuchungsausschüsse muss man sehr präzise formulieren und sehr genau hinsehen. Auch hier gibt es Unterstellungen, und hier gibt es Wertungen. Um mal ein Beispiel zu nennen, die Frage 8 im ersten Fragenkomplex des Antrags:

„Hätten frühzeitige Grenzkontrollen (ggf. exklusive infrastrukturell sehr eng verwachsener Regionen) das Risiko eines Ausbruchs verringern können und scheiterten sie auch oder zuvorderst am

ideologiegefestigten Glauben des Ministerpräsidenten an die Einheit Europas?“

Das ist eine Unterstellung. Das ist eine Wertung. Das hat aus meiner Sicht in einem Untersuchungsauftrag überhaupt nichts zu suchen.

(Beifall von den GRÜNEN und Angela Freimuth [FDP])

Auch Ihr Verständnis in Sachen Pressefreiheit wird in Frage 12 im zweiten Fragenkomplex sehr deutlich:

„Hat die Landesregierung wenigstens informell darauf hingewirkt, dass der WDR ...?“

Und so weiter, und so fort. – Ich muss Ihnen sagen, das kann man doch nicht in einen Untersuchungsausschussantrag schreiben. Nicht nur das – ich finde es in Sachen Pressefreiheit hochproblematisch. Ganz ehrlich, ich kann so etwas nicht zustimmen. Es geht gegen meine Grundüberzeugung, was in dem Fall Pressefreiheit angeht.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Noch einen Hinweis in Sachen Konsistenz und Untersuchungsausschussauftrag. Sie machen diese Chronologie, und die beginnt Ende 2019. In Frage 1 zielen Sie auch auf „Ende Dezember 2019“ ab, aber der Untersuchungszeitraum startet dann erst im Januar 2020. Das passt ehrlich gesagt alles nicht zusammen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, wie es ist, wenn man es mit Untersuchungsausschüssen ernst meint. Ich sitze jetzt in meinem zweiten Untersuchungsausschuss und habe an ein paar Aufträgen mitgearbeitet und mitgeschrieben. Ich weiß, wie vorsichtig man sein muss, gerade bei der Formulierung von Untersuchungsausschussaufträgen, dass man keine Vorfestlegungen machen darf, dass man keine Wertungen einbringen darf usw., weil es nachher für die Arbeit total wichtig ist, dass man unvoreingenommen herangeht, dass man Zeugen hört und Belege sammelt, um es nachher im Abschlussbericht alles darlegen zu können.

Ich habe das Gefühl – da spricht der Antrag Bände –, dass Sie genau diese Vorfestlegungen bereits haben. Wie gesagt: Dem kann ich nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Schäffer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen also zur Abstimmung. Die antragstellenden Abgeordneten der Fraktion der AfD haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags zu? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt

dagegen? – CDU, SPD, FDP und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung von Herrn Neppe, fraktionslos.

(Zuruf von Frank Neppe [fraktionslos])

– Es war eine Zustimmung mit der AfD zusammen. Entschuldigung! Wird so zur Kenntnis genommen, Herr Neppe, selbstverständlich. Zu spät von mir gesehen, aber korrekt von uns aufgenommen. Damit ist der **Antrag** der Abgeordneten der AfD-Fraktion **Drucksache 17/11172** mit breiter Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

## 6 30 Jahre Deutsche Einheit

Antrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der FDP und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/11159

Entschließungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/11305

Ich eröffne die Aussprache, und für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Bergmann das Wort.

**Dr. Günther Bergmann (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Lassen Sie mich etwas pathetisch beginnen. Der 3. Oktober ist der Festtag für unser Vaterland. Der Tag berührt einen ja noch immer wieder, und er zeigt: Von Menschen errichtete Mauern können von Menschen auch überwunden werden, wenn der Mut zur Freiheit nur groß genug ist, so wie er Gott sei Dank in der untergegangenen DDR zu Zeiten der Wende groß genug war.

Viele, viel zu viele, hatten sich schon vom in der Präambel des Grundgesetzes 1949 formulierten Grundsatz „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ verabschiedet. Dieser Auftrag wurde dennoch in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 offiziell erfüllt, auch dank der besonnenen Deutschland- und Europapolitik von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Die NS-Diktatur in ganz Deutschland war Grund und verantwortlich für die Teilung. Ostdeutschland ist verantwortlich für dessen Überwindung. Dafür herzlichen Dank von einem Westdeutschen!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)